



## Wir gratulieren

### ... zum 30. Geburtstag:

- Christoph Pospich
- Freerich Bähge

### ... zum 60. Geburtstag:

- Dr. Ziya Simsek
- Hildegard Busch

### ...zum 87. Geburtstag

- Helene (Leni) Retz

### ... zu 10 Jahren Mitglied:

- Christoph Pagel

### ... zu 30 Jahren Mitglied:

- Hasan Ates
- Christa Nottebaum
- Dr. Annette Doll-Sellen

### ... zu 50 Jahren Mitglied:

- Hans Rohde
- Margret Schwarz

## Impressum

V.i.S.d.P.:  
Sebastian Bucher  
c/o Magnusstr. 18b  
50672 Köln  
E-Mail:  
info@spd-ehrenfeld.de

Jan  
Feb  
2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich hoffe ihr seid gut ins neue Jahre gekommen und voller Tatendrang für 2015. In jedem Fall solltet ihr bei unserer Jahreshauptversammlung am 5. Februar dabei sein, wenn wir mit mehreren Anträgen sowie den Vorstands- und Delegiertenwahlen die Weichen für die kommenden zwei Jahre stellen.

Wir sehen uns!  
Euer,

Sebastian

## Ehrenfelder Sozialdemokratie: Lebendig und erfolgreich Rechenschaftsbericht 2013/2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf über 50 Seiten haben wir euch in den letzten zwei Jahren mit unserer Mitgliederinfo "Die Ehrenfelder" auf dem Laufenden gehalten und der Blick ins digitale Archiv zeigt, wir gelten nicht umsonst als einer der aktivsten Ortsvereine in Köln.

### Ehrenfeld – Unser Veedel

Unser Selbstdarstellungsflyer, den wir u.a. in alle neuen Briefkästen in Ehrenfeld einwerfen um uns vorzustellen, fasst es gut zusammen: "Sozialdemokratie, im Veedel zu Hause". Aufbauend auf unserer Kampagne "Ehrenfeld zu Liebe" haben wir mit "Ehrenfeld im Wandel" und dem "Ehrenfeld Dialog" in den letzten zwei Jahren bewiesen, das wir die Partei sind, die sich um die Probleme und Potentiale vor Ort kümmert. Neben den positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung haben wir damit bereits zweimal beim Norbert Burger-Preis gewonnen. Dabei haben wir in unserer Arbeit nicht nur hingeschaut, z.B. bei der Besichtigung von ThyssenKrupp Schulte oder der Cityleaks-Führung sondern auch die Entwicklung von Ehrenfeld gestaltet, sei es grundsätzlich in der Diskussionsveranstaltung mit Frank-Josef Höing oder im Konkreten wie beim Helios-Gelände, dem Ehrenfelder Güterbahnhof, (weiter auf Seite 2)

### Termine des Ortsvereins:

**Mitgliederversammlung:** Lobbyismus - Die letzte Schlacht des Kapitalismus? Donnerstag, 22.01.2015, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr. Ort: Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Straße 429

**Jahreshauptversammlung:** SPD Ehrenfeld - Donnerstag, 05.02.2015, 19:30 Uhr, Ort: Bürgerzentrum Ehrenfeld

### Vorstandsklausurtagung

Samstag, 07.02.2015 - Sonntag, 08.02.2015. Ort: Eitorf



Ehrenfeld  
SPD

Die Ehrenfelder

### Fortsetzung von Seite 1

der Vogelsanger Straße und den Bahnbögen. Auch Themen wie die Sozialversicherungssysteme für Selbstständige haben wir uns vorgenommen, weil wir uns zwar um Ehrenfeld kümmern aber dabei die Welt nicht vergessen.



### Sozialdemokratisch – Unsere Politik

Aufgabe eines jeden Ortsvereins ist es auch, Impulse für die Arbeit der gesamten Partei zu geben. Dabei kümmern wir uns um die Themen die brennen, wie z.B. mit unseren Themenabenden zur Ukrainekrise und TTIB, Themen die uns wichtig sind, wie z.B. die Rüstungspolitik aber auch Themen für die außerhalb der Partei nur wenig Interesse besteht wie z.B. unseren Position zu Doppelmandaten und der Vergütung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker. Kein anderer Ortsverein ist mit Anträgen und Beiträgen bei den Kölner Parteitagen so präsent wie wir und auch beim Kommenden werden wir voraussichtlich wieder mit 5 Anträgen Akzente setzen. Wir dürfen die inhaltliche Auseinandersetzung nicht scheuen, denn nur eine Position über die gestritten wurde, bei der alle Argumente fundiert und engagiert ausgetauscht wurden, wird in der Öffentlichkeit, den Parlamenten und Verwaltungen Bestand haben. Mehr inhaltliche Diskussion kann uns als SPD nur gut tun.

### Erfolgreich – Unsere Wahlkämpfe

Viele von euch haben mitgeholfen, als es bei der Bundestagswahl und den Kommunal- und Europawahlen darum ging, Mehrheiten für unsere politischen Positionen zu gewinnen. Mit Erfolg. Rolf Mützenich und die SPD haben auch bei uns im Ortsvereine die meisten Stimmen bekommen. Bei der Kommunalwahl ein Jahr später konnten wir über 1.500 EhrenfelderInnen mehr von uns überzeugen als 2009 und damit den Wahlkreis in Neuehrenfeld

mit Andreas Pöttgen wieder von den Grünen zurück gewinnen können. Gleichzeitig ist auch unsere Fraktion in der Bezirksvertretung jünger und weiblicher geworden – auch das ist ein Erfolg unserer guten Politik und unserer guten Nachwuchsarbeit.



### Lebendig – Unser Ortsverein

Ein großer Verdienst unseres Ortsvereins war es in den letzten Jahren, auch junge Mitglieder für die Ortsvereinsarbeit zu gewinnen.



Und auch in den letzten Jahren ist es uns gelungen ein Stück zu wachsen. Nicht nur die Zahl der Mitglieder ist von 326 auf 347 gewachsen, sondern auch der Kreis der aktiven Mitglieder wächst durch unsere sehr gute Mitgliederbetreuung, das hat nicht zuletzt unsere Weihnachtsfeier gezeigt. Mit unsere Ortsvereinfahrt und unserem Sommerprogramm haben wir neben der politischen Arbeit auch das Gesellige nicht zu kurz kommen lassen. Wir sind lebendig, weil die Mischung stimmt. Es waren (wieder) zwei erfolgreiche Jahre für die Ehrenfelder SPD.

Dafür an dieser Stelle auch noch einmal einen herzlichen Dank von uns an alle die daran mitgewirkt haben, im Mandat, im Wahlkampf, bei unseren Veranstaltungen oder an anderer Stelle.



## Einladung zur Jahreshauptversammlung am 05.02

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich euch im Namen des Vorstands herzlich zu unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung mit Vorstands- und Delegiertenwahlen am **Donnerstag, 05.02.2015 um 19:30 Uhr** ins Bürgerzentrum Ehrenfeld ein.

**Gabriele Hammelrath MdL**

wird uns zu den Themen

**Schulsozialarbeit,  
Turboabitur (G8/G9)  
und die Betreuung der Flüchtlinge**

über den aktuellen Stand berichten und eine  
Halbzeitbilanz der Legislaturperiode im Landtag ziehen.



Außerdem wollen wir eine Reihe von Anträgen mit euch beraten.

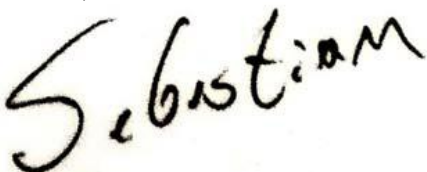
Folgende **Tagesordnung** schlägt Euch der Vorstand vor:

1. Wahl einer Versammlungsleitung
2. Wahl einer Mandatsprüfungs- und einer Zählkommission
3. Rechenschaftsbericht
  - a. Bericht des Vorsitzenden
  - b. Bericht der Kassierein
  - c. Bericht der Revisoren
  - d. Entlastung des Vorstands
4. Wahlen
  - a. Festlegung der Zahl der zu wählenden BeisitzerInnen
  - b. Wahl einer/eines Vorsitzenden
  - c. Wahl von zwei stellvertretenden Vorsitzenden
  - d. Wahl der Kassenführung
  - e. Wahl der Schriftführung
  - f. Wahl der Besitzer
  - g. Wahl der Revisoren
  - h. Wahl der 17 Delegierten zum Parteitag der KölnSPD
  - i. Wahl der 17 Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz zur Nominierung des/der Oberbürgermeisterkandidaten/-kandidatin
  - j. Wahl der 6 Delegierten zum Parteirat der KölnSPD
5. Bericht von Gabriele Hammelrath MdL
6. Antragsberatungen

Solltet ihr für eine oder mehrere Positionen kandidieren wollen würden wir euch bitten, uns dies bis zum 04.02.2014 per Email an [sebastian.bucher@spd-ehrenfeld.de](mailto:sebastian.bucher@spd-ehrenfeld.de) mitzuteilen, da wir die Stimmzettel bereits im Vorfeld drucken wollen.

Ich freue mich auf eine spannende Diskussion mit euch!

Euer,



Sebastian Bucher - Vorsitzender

## **Kandidaturen für den Vorstand**

### **Vorsitzender**

Sebastian Bucher

### **Stellvertretende Vorsitzende**

Cornelia Schmerbach

Werner Balzert

### **Kassiererin**

Doris Ruch

### **Schriftführerin**

Christina Satzvey

### **BeisitzerInnen**

Andreas Pöttgen

Anne Deike Riewe

Barbara Deppner

Benedikt Dettling

Benjamin Beltz

Dirk Schabram

Eric Schley

Fabian Wilden

Gitta Axmann

Josef Wirges

Jürgen Brock-Mildenberger

Katja Mildenberger

Katrin Bucher

Mia Helms

Mirko Millinewitsch

Murat Erdal

Petra Bossinger

Timo Daube

### **RevisorInnen**

Christoph Oepen

Ulla Acht

Uli Krüger

## **Beschluss:**

1.

Bei den derzeit verhandelten "Freihandelsabkommen" TTIP, CETA und TiSA handelt es sich um eine "neue Generation" von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellen einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.

Die KölnSPD lehnt daher TTIP, CETA und TiSA in der derzeit bekannten Form ab.

2.

Unser Parteivorsitzender Jochen Ott wird gebeten, dies

- a) den SPD-Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen im Europäischen Parlament, im Bund und im Land bekannt zu geben und sie aufzufordern, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen,
- b) der Landesvorsitzenden der NRWSPD, Hannelore Kraft, sowie dem Bundesvorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, mitzuteilen und
- c) die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.

3.

Die KölnSPD fordert die Ratsfraktion der SPD auf, den Bürgerantrag zur Ablehnung von TTIP und CETA zuzustimmen. Die Stadt Köln soll sich an der Kampagne „10.000 Kommunen TTIP-frei“ aktiv beteiligen. Die KölnSPD wird dies mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleiten.

## **Begründung:**

Es gibt verschiedene Aspekte, von denen die Kommunen und damit die Menschen in Köln direkt betroffen wären:

### **1. Demokratie und Transparenz - Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)**

Derzeit finden zwischen der EU und den USA Geheimverhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zugang zu den Dokumenten haben hingegen 600 Vertreter von Großkonzernen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.

Daher fordern wir einen vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente, sowie die Einbeziehung in die Verhandlungen.

Dies fordern wir für TTIP, CETA und TiSA.

### **2. Investitionsschutz für Konzerne**

(Dieser Punkt betrifft sowohl TTIP, wie auch CETA. TiSA enthält nach bisherigem Wissensstand keinen Investorenschutz.)

Internationale Konzerne erhalten ein Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze. Zwischen Staaten mit funktionierenden Rechtssystemen ist eine Investitionsschutzklausel überflüssig. Vielmehr stellen "private Schiedsgerichte" ein Parallelrechtssystem dar, das grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft und Konzerne mächtiger macht als demokratisch gewählte Regierungen.

Da sogar die Beschlüsse von Städten Anlass für solche Klagen sein können, würde dies dazu führen, dass wir uns in vorauseilendem Gehorsam, bei jedem unserer Beschlüsse überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat nach sich ziehen könnten.

Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Investor-Staat-Klagen sprunghaft angestiegen ist, stellen wir uns die Frage, wie viele solcher Klagen sich ein Staat, eine Stadt oder eine Gemeinde leisten kann? Wer bezahlt? Der Bund, die Stadt oder die Gemeinde?

Einen solchen Eingriff in unsere kommunale Entscheidungshoheit lehnen wir ab!

### **3. Kommunale Daseinsvorsorge, öffentliches Beschaffungswesen, Dienstleistungssektor und Kommunale Selbstverwaltung**

Kommunale Daseinsvorsorge (z.B. Wasserver- und Abwasserentsorgung, Energie)

Da bei diesen Arten von Handelsabkommen typischerweise die Regeln zum grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und der Schutz ausländischer Investoren im Fokus stehen, ist zu befürchten, dass sie sich negativ auf die Organisationshoheit der Kommunen und die kommunale Handlungsautonomie auswirken.

Öffentliches Beschaffungswesen (in den USA schon weitgehend privatisiert)

TTIP und CETA würden die kommunale Organisationsautonomie gefährden. Mittelständische Unternehmen vor Ort dürften nicht mehr bevorzugt werden. Dadurch käme es zu einer Minderung der Gewerbesteuererinnahmen und einer Schwächung der lokalen Unternehmen.

Dienstleistungssektor (Bauwesen, Transportwesen, Gesundheit, soziale Dienstleistungen)

Immer mehr Bereiche des öffentlichen Dienstleistungssektors werden zum "allgemeinen wirtschaftlichen Interesse" deklariert. Dadurch werden die Gebietskörperschaften gezwungen, diese, gemäß einer "Marktzugangspflicht", im Wettbewerbsverfahren (künftig weltweit?) auszuschreiben.

Das Gemeinwohl muss in diesen sensiblen Bereichen weiterhin im Vordergrund stehen.

Kommunale Selbstverwaltung

Obwohl die EU laut Lissabon-Vertrag und gemäß Subsidiaritätsprinzip nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen darf, duldet unsere Bundesregierung mit den Verträgen diesen Gesetzesübertritt und befördert ihn sogar noch.

(Anmerkung: Bei TiSA handelt es sich um ein "Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen". Der Bereich des Beschaffungswesens ist nicht Teil der Verhandlungen.)

### **4. Positivlisten-Ansatz / Negativlisten-Ansatz**

Es gibt zwei Modelle der Liberalisierung.

Der Positivlisten-Ansatz besagt, dass nur die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge/ des Dienstleistungsbereiches der Liberalisierungspflicht unterliegen, die ausdrücklich in die Liste der Zugeständnisse aufgenommen werden.

Beim Negativlisten-Ansatz hingegen sind alle Bereiche von den Liberalisierungsverpflichtungen des Abkommens erfasst, die nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Es ist zu befürchten, dass TTIP, CETA und TiSA einen sog. Negativlisten-Ansatz verfolgen.



## 5. Stillstandsklausel und Ratchet-Klausel

Alle drei Handelsabkommen enthalten sowohl die Stillstands-, wie auch die Ratchetklausel. Die Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder angehoben werden darf. Die Ratchetklausel besagt, dass ein staatliches Unternehmen, wie etwa die Stadtwerke, das einmal von einem privaten Investor gekauft wurde, niemals wieder rekommunalisiert werden darf.

Es hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass - aus guten Gründen - zahlreiche Privatisierungen öffentlicher Güter wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt wurden.

Daher lehnen wir solche "Endgültigkeitsklauseln" ab. Vielmehr ist zu beanstanden, dass keine generelle Austrittsklausel formuliert wurde.

## 6. Living Agreement und Rat für Regulatorische Kooperation

Im Oktober 2013 hielt EU-Handelskommissar Karel de Gucht eine Rede in Prag, in der er vorschlug, TTIP solle einen regulatorischen Kooperationsrat einrichten. (1)

Die EU-Kommission plant nun in der Tat die Etablierung eines "Regulierungsrates", in dem EU- und US-Behörden mit Konzern-Lobbyisten zusammenarbeiten, um Regulierungsmaßnahmen zu diskutieren und gegebenenfalls Standards zu lockern. Die Beteiligung Kommunaler Spitzenverbände ist nicht vorgesehen. (2)

In einer Rede am Aspen Institute in Prag (1) bezeichnete Karel de Gucht das Abkommen darüber hinaus als "lebendes Abkommen", was nichts anderes bedeutet, als dass sich die Verhandlungspartner auf ein allgemeines Rahmenabkommen einigen und die Details (z.B. Absenkung der Standards) dann in einem Ausschuss (im Nachhinein) weiterverhandeln. All dies geschieht am Europaparlament vorbei und entzieht sich dadurch jeglicher demokratischen Kontrolle.

(Anmerkung: Sowohl TTIP, wie auch CETA sollen "lebende Abkommen" werden und einen "Regulierungsrat" erhalten. Nach bisherigem Wissensstand sind diese beiden Punkte nicht Teil der Verhandlungen bei TiSA.)

(1) De Gucht, Karel 2013: Transatlantic Trade and Investment Partnership – Solving the Regulatory Puzzle, Rede beim Aspen Institute Prag, 10. Oktober 2013

(2) European Commission 2013: TTIP: Cross-Cutting disciplines and institutional provisions. Position paper – Chapter on Regulatory Coherence, <http://corporateeurope.org/sites/default/files/ttip-regulatory-coherence-2-12-2013.pdf>

Für Vereinbarungen, die derart weitreichend in die Staatliche und Kommunale Regulierungshoheit eingreifen bedarf es Standards der Transparenz und der demokratischen Legitimation, auch wenn es sich um Internationale Abkommen handelt. Deswegen fordern wir die Einbeziehung der Öffentlichkeit, sowie eine sofortige Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände.

Aus den genannten Gründen lehnen wir diese "neue Generation" von Handelsabkommen ab und setzen uns bei den entscheidenden Stellen dafür ein, die Abkommen in der derzeit bekannten Form abzulehnen. Darüber hinaus appellieren wir an andere SPD-Unterbezirke in NRW, ebenso zu verfahren.